

Dänemark

Tobias Etzold / Christian Opitz

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 wurde in Dänemark erstmals die rechtspopulistische Dänische Volkspartei stärkste Kraft bei landesweiten Wahlen. Die beiden großen ehemaligen Volksparteien, die Sozialdemokraten und die liberal-konservative Venstre, landeten abgeschlagen dahinter. Auch innenpolitisch waren die zweite Hälfte 2013 und das erste Halbjahr 2014 von Turbulenzen geprägt. Nach mehreren Kabinettsumbildungen verließ im Februar die Sozialistische Volkspartei die 2011 vereidigte Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten, der sozialliberalen Radikale Venstre und den Sozialisten. Seitdem regieren die beiden erstgenannten Parteien alleine weiter und sind als „Minikoalition“ noch mehr als zuvor auf wechselnde parlamentarische Unterstützung der Oppositionsparteien angewiesen. Wie in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten auch, rückte die Krise in der Ukraine und in den EU-Russlandbeziehungen in den außenpolitischen Fokus Dänemarks.

Europapolitik

Die Wahlen zum Europäischen Parlament und die anschließende Besetzung europäischer Spitzenposten standen 2014 im Fokus des europapolitischen Interesses Dänemarks. Bei den Wahlen am 25. Mai 2014 wurde die Dänische Volkspartei (DF) mit 26,6% stärkste Partei und ließ damit die regierenden Sozialdemokraten (19,1%) und die oppositionelle Venstre (16,7%) weit hinter sich. Den Sozialdemokraten unter Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt wurden unpopuläre Entscheidungen, Venstre eine private Abrechnungsaffäre ihres Parteivorsitzenden Lars Løkke-Rasmussen zum Verhängnis. Die DF stellt damit zukünftig vier von 13 dänischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die Sozialdemokraten drei und Venstre zwei. Vier weitere, linke wie konservative, Parteien entsenden jeweils einen Abgeordneten nach Brüssel. Die Wahlbeteiligung in Dänemark lag mit 56% über dem EU-Durchschnitt von 43%, war jedoch gegenüber 2009 um 3% gefallen.

Hauptgründe für das unter dem Strich starke Abschneiden der DF war die Angst vieler Dänen vor Zuwanderung, neuerdings vor allem aus den EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien. Darin drückt sich die Sorge aus, den nach wie vor großzügigen Sozialstaat mit Einwanderern teilen zu müssen und dementsprechend den dänischen Wohlstand zu gefährden. In den Augen vieler hat die EU zudem zu viel Einfluss auf die nationale Politik, steht im Widerspruch zum nationalen Wohlfahrtsstaat und höhlt diesen dementsprechend aus.¹ Die europäische Wirtschafts- und Schuldenkrise hat die EU-Skepsis der Dänen weiter steigen lassen. Dabei gehört, laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung vom Juli 2014, Dänemark neben Deutschland zu den Ländern, die vom europäischen Binnenmarkt am meisten profitieren.² Gemäß Außenminister Martin Lidegaard ist es wichtig, die Verbindung zwischen europäischer Integration und den nationalen Wohlfahrtssystemen sichtbar zu machen und deren Vorteile für Dänemark hervorzuheben.³

1 Vgl. Basler Zeitung: Die Dänen fürchten um ihr Kindergeld, 27.05.2014.

2 http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_121808.htm.

3 Vgl. Süddeutsche Zeitung: Brücken bauen: Die Dänen sind in der EU Außenseiter. Das soll sich ändern, 07.04.2014.

Zeitgleich mit den Wahlen zum Europäischen Parlament stimmten die Dänen über die Abschaffung des Opt-outs zur Teilnahme am Europäischen Patentgericht ab. Eine klare Mehrheit von 60% sprach sich für deren Aufhebung aus. Bei ihrem Amtsantritt 2011 hatte die Regierung geplant, auch Volksreferenden zur Frage nach einer möglichen Abschaffung der Opt-outs in den Bereichen Europäische Verteidigungspolitik sowie Justiz und Inneres durchzuführen. Hier hat sich jedoch nichts bewegt, obwohl in Umfragen knappe Mehrheiten der Bevölkerung die Abschaffung sogar befürworteten. Nach dem starken Abschneiden der DF bei den Europawahlen, die klar gegen eine Aufhebung der Opt-outs ist, sind Volksreferenden hierzu in naher Zukunft unwahrscheinlicher denn je.

Dänemark unterstützte das bei den jüngsten Europawahlen erstmals angewandte Spitzenkandidatenprinzip nur halbherzig. Auch nach den Wahlen sprach sich Helle Thorning-Schmidt nicht eindeutig für Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsidenten aus, lehnte ihn aber auch nicht ab. Stattdessen wurde sie zunächst selbst als informelle Kompromisskandidatin für diesen Top-Posten gehandelt. Nach Junckers Benennung wurden ihr gute Chancen auf das Amt der ständigen Präsidentin des Europäischen Rates eingeräumt. Sie erfüllte die wichtigen Proporzkriterien „weiblich“ und „sozialdemokratisch“ und wird aufgrund ihres wirtschaftsfreundlichen Kurses auch von konservativen Kollegen wie dem britischen Premier David Cameron akzeptiert. Etliche europäische Sozialdemokraten erkannten sie jedoch nicht voll als eine der ihren an. Zudem wurden speziell aus Frankreich Bedenken laut, da sie aus einem Nichteuroland komme. Für die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel war dies jedoch keine Vorbedingung,⁴ zumal der Ratspräsident eher eine neutrale Mittlerrolle einnimmt und kein Land vertritt. Letztendlich wurde ihr jedoch ihr polnischer Amtskollege Donald Tusk als Ratspräsident vorgezogen. Im Kontext der Personaldebatten forderte Thorning-Schmidt, dass sich die EU in ihrer zukünftigen Arbeit auf ihre Kernthemen konzentrieren sollte: Ausbau des Binnenmarkts, Wachstum und Beschäftigung.

Innen- und Wirtschaftspolitik

Innenpolitisch kommt die linke Koalition unterdessen weiterhin nicht zur Ruhe. Ende 2013 musste Regierungschefin Thorning-Schmidt zum wiederholten Mal prominente Ministerposten neu besetzen. Der bisherige Steuerminister Holger Nielsen übernahm das Außenressort nach dem krankheitsbedingten Abschied von Villy Søvndal. Außerdem sah sich Justizminister Morten Bødskov zum Rücktritt gezwungen, nachdem das Parlament ihn der Falschaussage im Rechtsausschuss überführt hatte.⁵

Ein leichter Aufwärtstrend für die Ministerpräsidentin schien sich indessen mit den Regional- und Kommunalwahlen im November 2013 anzukündigen. Ihre Sozialdemokraten konnten sich überraschend als stärkste Kraft vor der liberalen Venstre (29,5% gegenüber 26,6%) behaupten.⁶ Des Weiteren stellt die Partei in allen großen Städten (Kopenhagen, Odense, Aarhus und Aalborg) weiterhin den Bürgermeister. Die Dänische Volkspartei gewann 2 Prozentpunkte hinzu und kam als drittstärkste Kraft auf 10,1%.

Nach dieser kurzen Verschneupause stürzte die Regierungskoalition jedoch Ende Januar 2014 erneut in eine Krise. Unmittelbarer Auslöser war die nahende Entscheidung über den Verkauf von Staatsanteilen am größten Energieversorger des Landes – Dong Energy – an

4 Vgl. EurActiv.de: Juncker-Wahl: Merkel signalisiert Cameron Entgegenkommen, 20.06.2014.

5 Vgl. Süddeutsche Zeitung: Etwas ist faul im Staate. Warum in Dänemark in kurzer Zeit drei Minister zurücktreten, 12.12.2013.

6 Vgl. Norbert Beckmann-Dierkes/Catja C. Gaebel/Klaus-Peter Kutzer: Kommunal- und Regionalwahlen in Dänemark (KAS-Länderbericht), 05.12.2013.

Goldman Sachs. Heftige Kritik aus der Öffentlichkeit und Opposition entzündete sich dabei an der Frage, ob die amerikanische Investmentbank dadurch nicht zu großen Einfluss auf die dänische Energieversorgung bekommen würde. Außerdem wurde immer wieder auf die umstrittene Praktik von Goldman Sachs hingewiesen, Geldanleihen in Steueroasen anzulegen. Mehrere Politiker der Sozialistischen Volkspartei (SF) kündigten öffentlich ihre Ablehnung im parlamentarischen Finanzausschuss an. Die SF-Vorsitzende Annette Vilhelmsen, die den Deal grundsätzlich mittragen wollte, trat daraufhin zurück und verkündete den Rückzug ihrer Partei aus der Regierungskoalition. Die SF signalisierte jedoch ihre fortwährende Unterstützung für die Minderheitskoalition, die somit auf zwei Parteien geschrumpft war. Neuer Außenminister wurde Martin Lidegaard von den Sozialliberalen.

Die Opposition konnte aus diesen Missständen kaum Gewinn schlagen, vor allem weil auch sie sich in internen Grabenkämpfen erschöpfte. Der Venstre-Vorsitzende und Ex-Premierminister Lars Løkke Rasmussen verursachte einen handfesten Skandal nachdem publik wurde, dass er aus Steuergeldern für mehr als 20.000 Euro edle Herrenkleidung gekauft hatte.⁷ Nur knapp entging er daraufhin seiner Absetzung bei einem Krisentreffen im Mai.

Konstruktive Arbeit versuchte die Regierung mit zwei umfassenden Reformpaketen im Frühjahr 2014 nachzuweisen. Zunächst beschloss sie Ende April eine Beschäftigungsreform mit dem Fokus auf die Weiterqualifizierung von Langzeitarbeitslosen. Für jene meist niedrigqualifizierten Dänen werden speziell zugeschnittene Bildungsprogramme mit zweijähriger Laufzeit angeboten, während der sie weiterhin 80% des Arbeitslosengeldes erhalten. Mit jährlichen Ausgaben von knapp 70 Millionen Euro sollen somit bis 2020 3.500 Personen eine Arbeit aufnehmen. Kurz darauf verabschiedete die Regierung außerdem eine Wachstumsagenda, die Dänemark endgültig aus der Finanzkrise führen und die Wirtschaft weiter beleben soll. Der Plan umfasst 89 Initiativen, von denen vor allem kleine und mittelständische Unternehmen profitieren sollen. Vorgesehen sind u.a. ein Nachlass auf die nationale Stromsteuer, ein einfacherer Zugang zu staatlich garantierten Krediten sowie eine verstärkte Rekrutierung von hochqualifizierten Fachkräften aus dem Ausland. Mithilfe dieser Reformen erwartet die Regierung bis 2020 einen jährlichen Wachstumseffekt von mehr als 800 Millionen Euro.

Weiterhin schleppend erholt sich indes Dänemark von der Rezession 2008/2009.⁸ 2013 lag das Wirtschaftswachstum bei mageren 0,4%, wobei eine stärkere Anhebung in den nächsten Jahren prognostiziert wird. Die Arbeitslosenquote ist mit 6% deutlich unter dem EU-weiten Durchschnitt. Ein Grund zur Beunruhigung ist allerdings eine der weltweit höchsten privaten Überschuldungsquoten von über 300% gegenüber dem verfügbaren Einkommen.

Außenpolitik

Die Ukraine-Krise bestimmte die außenpolitische Agenda der dänischen Regierung. Früh und klar positionierte sich Kopenhagen in der Verurteilung der Krim-Annexion als völkerrechtswidrigen Akt ohne internationale Anerkennung. Außenminister Lidegaard besuchte die Ukraine im März und Mai 2014 vor bzw. nach der Präsidentschaftswahl und drang auf einen nachhaltigen Demokratisierungsprozess zum Wohle aller Bevölkerungsgruppen. Als Vorbild für den künftigen Weg der Ukraine verwies er in diesem Zusammenhang auch auf den deutsch-dänischen Umgang mit Minderheiten und gelungene Integrationsmaßnahmen.⁹

Dänemark führte im März das Inspektionsteam der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in die Ukraine. Dass dieses Engagement nicht ohne

7 Vgl. Politiken: Venstre har betalt tøj og sko til Løkke for 152.000 kr., 13.05.2014

8 Vgl. Economist Intelligence Unit: Country Report Denmark, 18.06.2014.

9 Vgl. Auswärtiges Amt: Gemeinsame Politik für Europa, 07.04.2014.

Risiko war, zeigte sich im Juni, als ein dänischer OSZE-Beobachter zusammen mit drei weiteren Kollegen erst nach mehrwöchiger Festsetzung durch ukrainische Rebellen wieder freikam. Zudem entsprach das Königreich früh dem Wunsch der Baltischen Länder nach mehr NATO-Präsenz an der Ostgrenze zu Russland. Sechs F-16 Kampfflugzeuge wurden im März nach Estland zur Luftraumüberwachung des Baltikums entsendet.

Über diese reaktiven Maßnahmen hinausgehend, drängt Dänemark auf eine langfristige Strategieänderung zur Verminderung von Vulnerabilitäten. So plädierte Ministerpräsidentin Thorning-Schmidt mehrfach dafür, die Abhängigkeit innerhalb der EU von importierten fossilen Brennstoffen zu reduzieren. Außenminister Lidegaard hat in diesem Zusammenhang einen europäischen Binnenmarkt für Energie vorgeschlagen, um flexibel und effizient mit Energie handeln zu können sowie den Anteil der erneuerbaren Energieträger auszubauen.¹⁰ Besonders für die Länder in Osteuropa sei mittel- bis langfristig eine substantielle Umstrukturierung in Energiefragen zum Schutz von politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit nötig. Um seiner Vorreiterrolle in dieser Hinsicht gerecht zu werden, verabschiedete Dänemark im Februar ein neues Klimaschutzgesetz. Demnach sollen bis 2020 die Treibgasemission um 40% gegenüber 1990 reduziert und alle fünf Jahre neue nationale Klimaziele festgeschrieben werden.

Ausblick

Am 18. April 2014 war der 150. Jahrestag der Entscheidungsschlacht des 2. Schleswigschen Krieges auf den Düppeler Schanzen. Dänemark verlor damals gegen die preußische Übermacht und musste ein Drittel seines Territoriums abtreten. Fortan begriff das Königreich in den Worten von Ministerpräsidentin Thorning-Schmidt, dass „es sich als kleines Land nicht einschließen kann“, sondern internationale Verantwortung übernehmen vermag, insbesondere weil auch „kleine Länder auf ihre eigene Weise groß sein können“. Die Regierungschefin fügte selbstbewusst hinzu: „Wir haben vieles zu bieten“.¹¹

Ob Dänemark derzeit innerhalb der Europäischen Union große positive Gestaltungskraft besitzt, scheint jedoch ungewisser denn je. Einerseits ist die geschrumpfte Regierungskoalition noch mehr auf die parlamentarische Unterstützung der Oppositionsparteien angewiesen. Diese introvertierte Fokussierung zur Findung von Gesetzesmehrheiten bindet Energien, die für außen- und europapolitische Initiativen vonnöten wären. Unter diesen Umständen könnte die erstarkte Dänische Volkspartei vermehrt Einfluss auf die dänische EU-Politik ausüben. Dank ihres Sieges bei den Europawahlen ist die Präsenz der DF im politischen Diskurs weiter gewachsen. Aufgrund dessen sind Zugeständnisse der etablierten Parteien an die EU-kritische Agenda der DF wahrscheinlich, zumal erstere in ihrer momentan schwachen Verfassung kaum Interesse an vorzeitigen Neuwahlen haben. Wenn spätestens zum regulären Termin im Herbst 2015 ein neues Parlament gewählt wird, ist ein aufgrund der zu erwartenden höheren Wahlbeteiligung nicht ganz so hohes, aber dennoch sehr gutes Ergebnis wahrscheinlich. Dänemark könnte also die These bestätigen, dass das Erstarken von rechtspopulistischen Kräften bei den Europawahlen primär Auswirkungen auf die nationale Europapolitik der betroffenen Länder haben wird.

Weiterführende Literatur

Nanna Hvidt/Hans Mouritzen (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2014, DIIS Book, Copenhagen August 2014.

¹⁰ Vgl. Süddeutsche Zeitung: Brücken bauen: Die Dänen sind in der EU Außenseiter, 07.04.2014.

¹¹ Statsministerens tale ved 150-året for 1864 den 18. april 2014 i Dybbøl.